

## » MEHR LEBENSQUALITÄT, WENIGER RESSOURCENVERBRAUCH, WENIGER UMWELTSCHÄDEN: NEUE ANTWORTEN AUF DIE WACHSTUMSFRAGE

### ZUSAMMENFASSUNG

Die Enquetekommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" des Deutschen Bundestages aus der 17. Legislaturperiode hat sehr grundlegende und weitreichende Arbeit geleistet. Die grüne Bundestagsfraktion hat es sich als einzige Fraktion zur Aufgabe gemacht, die Ergebnisse der Enquete-Kommission ernst zu nehmen und ihre Arbeit in der gegenwärtigen Wahlperiode konsequent fortzuführen. 2016 wurde erstmals der Jahreswohlstandsbericht publiziert. Er wird dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung gegenübergestellt und diesen um Indikatoren zum Wohlstand und der Lebensqualität erweitern. Daneben erarbeitet die Arbeitsgruppe "Grüne Transformation" Konzepte zu einer branchenbezogenen ökologischen Modernisierung unserer Wirtschaft. Schließlich hat die grüne Fraktion weiter an Ideen zum Verhältnis von wirtschaftlichem Wachstum, Wohlstand und erhöhter Lebensqualität gearbeitet, die im vorliegenden Bericht dargestellt werden.

Unsere Wirtschaftspolitik sollte sich grundsätzlich am Ziel einer steigenden Lebensqualität für alle orientieren. Dies soll Hand in Hand damit gehen, dass wir insgesamt weniger Ressourcen verbrauchen, Umwelt nicht weiter zerstören und die Tragfähigkeitsgrenzen unseres Planeten nicht überschreiten. Um die Lebensqualität der Menschen zu erhöhen, ist nicht immer materielles wirtschaftliches Wachstum nötig. Diese "doppelte Entkopplung" ist unser Ziel: Wir entkoppeln Wachstum so weit wie möglich vom Ressourcenverbrauch. Und wir entkoppeln die Lebensqualität vom Wachstum. Das kann unsere Gesellschaft durch die Kombination von technischen und durch sozialen Innovationen erreichen. Wir Grüne wollen das politisch unterstützen:

1. Wir wollen Politik konsequent am Ziel ausrichten, Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Zwingend ist es dabei, Umweltschäden zu vermindern und den Ressourcenverbrauch absolut zu senken. Wachstum bleibt möglich, wenn es von steigendem Ressourcenverbrauch entkoppelt wird. Lebensqualität ist nicht auf rein materielles Wachstum angewiesen.
2. Wir richten die Wirtschaft grün aus und unterstützen die Pioniere des Wandels mit der notwendigen Start-Up Finanzierung, Infrastruktur und geeigneten Rechtsformen. Wir stärken ihre Innovationen im Wettbewerb und fordern eine Strategie für solidarische Wirtschaft auf Bundesebene.
3. Wir setzen den ordnungspolitischen Rahmen so, dass alle wirtschaftlichen Akteure Anreize haben, an der ökologischen Modernisierung Deutschlands mitzuwirken. Dazu gehören soziale und ökologische Mindeststandards, Preise, die die ökologische Wahrheit widerspiegeln, und neue Möglichkeiten in der Organisation von Aktiengesellschaften.
4. Wir verlangen vom Staat eine Vorreiterrolle einzunehmen. Dazu müssen soziale und ökologische Kriterien in die öffentliche Beschaffung einbezogen, Investitionen in die ökologische Modernisierung getätigt und öffentliche Gelder ausschließlich in nachhaltige Anlagen investiert werden.
5. Wir ermöglichen nachhaltige Lebensstile mit guten Rahmenbedingungen. Wir schaffen Freiräume, fördern nachhaltigen Konsum und richten Städte und Kommunen auf mehr

Lebensqualität aus. Mit mehr Raum für das Leben mit der Familie, mit Freunden oder das Erleben von Natur.

6. Wir versuchen, gesellschaftliche und wirtschaftliche Wachstumszwänge abzubauen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Wachstumsraten in Deutschland sinken und auch in Zukunft eher niedrig bleiben. Staat und die sozialen Sicherungssysteme sollten wir deshalb so gestalten, dass sie auch in einem Umfeld mit niedrigem Wachstum funktionieren.

Mit diesen Ideen können wir auf dem Weg, den die Enquete Kommission uns gewiesen hat vorankommen. Jedoch bleiben noch viele Fragen offen. Diese Fragen werden wir in den verschiedenen Politikbereichen unserer Fraktionsarbeit mitdenken und in die Programmarbeit hineinragen.

## **1. POLITIK FÜR MEHR LEBENSQUALITÄT**

Seit Jahrzehnten ist das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) eine Art "Fetisch" der politischen und vor allem der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung. Immer mehr Menschen in hochentwickelten Gesellschaften zweifeln aber daran, dass das "Wachstum" des BIP als solches ein sinnvoller Gradmesser für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfolg ist.

Aus einem einfachen Grund: Eine Erhöhung des BIP ist nicht immer gleichzusetzen mit einem Gewinn für Mensch und Gesellschaft. So steigt beispielsweise das BIP durch einen Autounfall, weil die Reparatur des PKW und die Behandlung von Unfallopfern positiv in das BIP einfließt. Ein ehrenamtliches Engagement, bspw. als Kinderfußballtrainerin erhöht die Lebensqualität, taucht in der Bilanz nicht auf. Auch das Bildungsniveau oder die Umweltqualität kommen im BIP nicht zum Ausdruck.

In Umfragen zu den Faktoren, die Zufriedenheit und Glück ausmachen, stehen Gesundheit und eine intakte Familie in ihren unterschiedlichsten Formen zusammen mit materialer Sicherheit regelmäßig an oberster Stelle. Dazu zählen sicherlich auch gut funktionierende soziale öffentliche Einrichtungen, lebenswerte Städte und Gemeinden, insgesamt eine offene und diskriminierungsfreie Gesellschaft. Wir Grüne sind darum überzeugt, dass unsere Wirtschaft und Gesellschaft ein anderes Leitbild brauchen und stellen das Ziel einer höheren Lebensqualität in das Zentrum unserer Politik.

### **Weniger Ressourcen verbrauchen**

Lebensqualität für alle umfasst auch die kommenden Generationen sowie die Menschen, die in anderen Regionen und auf anderen Kontinenten leben. Ein gutes Leben soll nicht nur in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt möglich sein. Und das auch noch im nächsten Jahrhundert. Dafür ist eine intakte Umwelt als Lebensgrundlage unabdingbar. Um diese zu bewahren, müssen wir jetzt die voranschreitende Klimakrise überwinden, der Umweltzerstörung ein Ende setzen und unsere Ressourcen in einem verträglichen Maß nutzen.

**WISSENSCHAFTLER NENNEN NEUN PLANETARISCHE GRENZEN DER BELASTBARKEIT DER ERDE. VIER DIESER GRENZEN SIND BEREITS WEIT ÜBERSCHRITTEN: KLIMAWANDEL, VERLUST DER ARTENVIELFALT, LANDNUTZUNG UND DER STICKSTOFFEINTRAG IN DIE BIOSPHÄRE. AUCH BEI DER VERSAUERUNG DER OZEANE, DER SÜBWASSERNUTZUNG UND BEIM PHOSPHOREINTRAG IN DIE BIOSPHÄRE NÄHERN WIR UNS KRITISCHEN BEREICHEN.**

Wir können die Tragfähigkeitsgrenzen der Erde nur einhalten, wenn wir den gegenwärtigen Ressourcenverbrauch reduzieren. Aktuell bräuchten wir 2,6 Planeten, wenn alle Menschen so viele

Ressourcen verbrauchen würden wie die Menschen in Deutschland. Eine relative Reduktion, also weniger Verbrauch im Verhältnis zur steigenden Wirtschaftsleistung reicht nicht aus. Alle hoch entwickelten, hoch technisierten Gesellschaften müssen in Zukunft ihren Ressourcenverbrauch absolut mindern.

Dazu ist Effizienz wichtig, aber nur ein Teil der Lösung: Heute sind zwar viele Prozesse und Geräte effizienter geworden, wir verbrauchen aber insgesamt dennoch immer mehr Ressourcen. Schuld daran ist der so genannte "Rebound-Effekt". Ein Beispiel: Im Haushalt sind strombetriebene Geräte seit Mitte der achtziger Jahre um rund 37 Prozent energieeffizienter geworden. Weil sie auch größer wurden und die Menschen sich mehr Apparate anschafften, stieg der Stromverbrauch dennoch insgesamt um 22 Prozent. Zwar achten viele auf "mehr Öko" doch unser Ziel ist noch nicht erreicht: Der Ressourcenverbrauch steigt weiter.

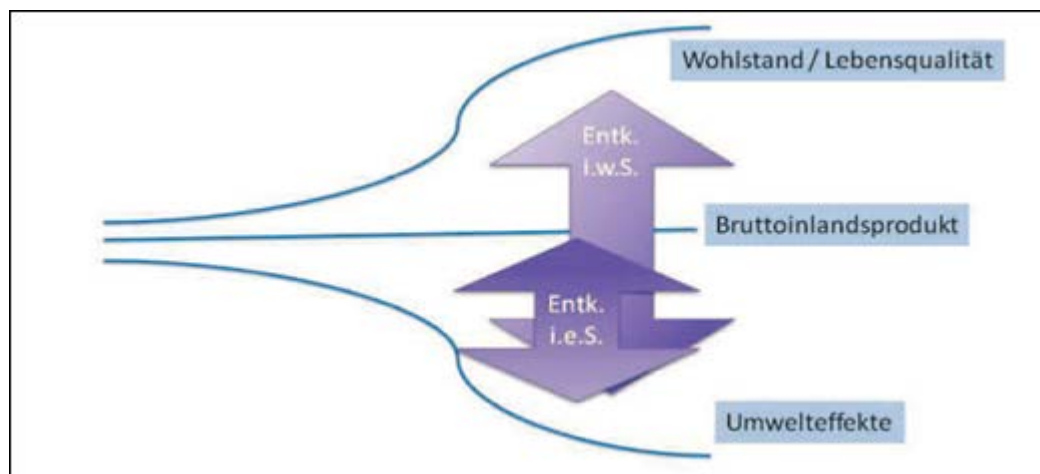
### **Doppelte Entkopplung: Wachstum ohne Umweltschäden, Lebensqualität ohne Wachstum**

Politik hält sich heute selbst in einer Zwangsjacke gefangen: Sinkt das Wirtschaftswachstum, sinken die Verteilungsspielräume, mehr Menschen sind von Arbeitslosigkeit bedroht, den Sozialversicherungen brechen Einnahmen weg. Wächst die Wirtschaft, steigt damit der Ressourcenverbrauch und die ökologische Krise spitzt sich zu.

Den Weg aus diesem Dilemma erfassen wir mit dem Konzept "doppelte Entkopplung". Einerseits entkoppeln wir Wachstum so weit wie möglich vom Ressourcenverbrauch (Entkopplung im engeren Sinne). Wir wollen erreichen, dass die Wirtschaft wachsen kann, ohne gleichzeitig mehr Ressourcen zu verschlingen und Umweltschäden zu verursachen. Dazu brauchen wir vor allem technologische Innovationen, die zügig auf dem Markt eingeführt werden und ihn durchdringen. Das trägt dazu bei, die Energie- und Ressourceneffizienz und die Recyclingquoten zu erhöhen. Die erneuerbaren Energien haben auf dem Weg zu dieser Entkopplung bereits einen großen Beitrag geleistet. Weitere Innovationen wären etwa Elektromobilität, leistungsfähigere Solarpanelen oder langlebige Geräte. Das gesamte Projekt der ökologischen Modernisierung der Wirtschaft steht im Zeichen dieser Entkopplung. Leider aber erreicht sie oft nur eine relative Verringerung des Ressourcenverbrauchs.

Darum wollen wir andererseits die Lebensqualität von Wachstum entkoppeln. Wir können Lebensqualität verbessern, ohne den Verbrauch materieller Güter immer weiter zu erhöhen. Dies ist die Aufgabe sozialer Innovationen. Konsequentes Car Sharing sorgt nicht für höheren Auto-Absatz, kann Städte aber lebenswerter machen. Wir können durch kluge Verkehrswege Car Sharing, Radfahren, Busse, Bahnen und Fußwege so kombinieren, dass wir besser als bisher sicher und verlässlich von A nach B kommen. So sparen wir Lärm, Abgas, Schrott und Fläche ohne auf schnelle Bewegung im Raum zu verzichten. Solche Innovationen sorgen für Entkopplung im weiteren Sinne, nämlich diejenige zwischen Umweltverbrauch und Lebensqualität.

Die beiden Schritte können nicht getrennt voneinander gedacht werden, denn wie beim Beispiel der Mobilität bedingen sich technologische und soziale Innovationen zumeist. Unsere Aufgabe ist es darum, Innovationen so zu unterstützen, dass die doppelte Entkopplung Realität wird.



Quelle: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/133/1713300.pdf>, Seite 431

Das Konzept der doppelten Entkopplung lässt sich innerhalb des Wirtschaftssystems auf verschiedenen Ebenen anwenden: auf der Mikroebene des Einzelunternehmens, auf der Mesoebene von Branchen, auf der Makroebene des gesamtwirtschaftlichen Systems. Der vorliegende Bericht nimmt v.a. Letzteres in den Blick.

### **Konsistenz, Effizienz, Suffizienz. Der makroökonomische Blick.**

Im Grunde geht es darum, den Gebrauch von Ressourcen mit drei Strategien zu senken:

- » Gebrauch von Ressourcen naturverträglich organisieren (Konsistenz)
- » Gebrauch von Ressourcen pro Wirtschaftseinheit reduzieren (Effizienz)
- » Auf den Gebrauch von Ressourcen teilweise ganz verzichten (Suffizienz)

Für die Beispielbranche der Automobilindustrie hieße das: Unser Modernisierungskonzept setzt bei der Antriebstechnologie auf Elektromotoren. Vorausgesetzt der Strom wird erneuerbar produziert, wäre diese eine emissionsfreie Antriebstechnik (Konsistenz). Diese Antriebstechnologie wird schon heute durch Innovationen immer leistungsstärker (Effizienz). Durch die soziale Innovation, die verschiedene Mobilitätsformen intelligent vernetzt, werden am Ende viel weniger Autos gebraucht (Suffizienz). Erst dieser Dreiklang ermöglicht höhere Lebensqualität bei absoluter Senkung des Ressourcenverbrauchs. Beschränkten wir uns nur auf die Elektrifizierung des Autobestandes, würden wir die ökologischen Probleme bloß in andere Bereiche verlagern. Technologische und soziale Innovationen müssen Hand in Hand gehen.

Es genügt allerdings nicht, unsere Wirtschaft bloß Branche für Branche zu modernisieren. Grüne Politik muss das Ganze im Blick haben. Denn je nach Modernisierungskonzept einzelner Branchen kann es zu ökologisch schädlichen Gesamtwirkungen kommen. Erneuerbare Rohstoffe wie die Biomasse können in unterschiedlichen Branchen verwendet werden, etwa in der Chemie – als Ausweg aus der Petrochemie, – in der Ernährungswirtschaft – als Ersatz für Fleischprodukte, – in der Luftfahrt – als neuer Treibstoff, – oder zur Stromerzeugung. Damit es nicht zu Flächenkonkurrenz, Übernutzung und Umweltschäden kommt, müssen die Transformationsstrategien der Einzelbranchen so in eine ökologisch politische Gesamtstrategie eingebettet sein, die verfügbare Rohstoffmengen und Erzeugungskapazitäten kalkuliert. Grünes Wirtschaften für mehr Lebensqualität erfordert auf der Makroebene geeignete Rahmenbedingungen.

## **2. WIRTSCHAFT GRÜN AUSRICHTEN: PIONIERE DES WANDELS.**

Viele Innovationen bleiben in einer kleinen Nische. Nicht weil sie nicht gut genug wären, sondern weil sie in den festen Strukturen des Mainstreams nicht anschlussfähig sind. Wenn jedoch die mächtigen Strukturen erschüttert werden, können sich ausgebildete Innovationen etablieren. Dies ist in der Energiewende geschehen: Erst als das System durch das EEG aufgebrochen wurde, konnten sich die erneuerbaren Energien voll entfalten. Somit verstehen wir die Aufgabe der grünen Politik zweigleisig. Einerseits wollen wir die Pioniere in den Nischen unterstützen, andererseits richten wir die Strukturen so aus, dass sich Innovationen für grünes Wirtschaften und die doppelte Entkopplung durchsetzen können.

### **Pionieren des Wandels Raum geben**

Vor drei Jahrzehnten waren Solar- und Windkraftunternehmer Außenseiter, die als Spinner belächelt wurden. Heute sind Weltunternehmen daraus geworden. Wir kennen ähnliche Entwicklungen natürlich aus den Computer-, Software- und Internetbereichen.

Die Entrepreneure des Wandels sind vielfältig: Transformateure für das kommende Zeitalter sind vor allem UnternehmerInnen und Startups, Kreative und KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen und sozial

und ökologisch Engagierte. Unter den innovativen Unternehmen befinden sich GründerInnen ebenso wie Traditionsunternehmen, die seit vielen Generationen im Geschäft sind. Sie alle beweisen, dass grün zu wirtschaften möglich ist. Beispiele sind derzeit etwa die Initiatoren von Fairphone, die auf nachhaltige Lieferketten und Transparenz setzen, das Grand Hotel Cosmopolitan, das zugleich Urlaubsgäste und AsylbewerberInnen beherbergt oder das märkische Landbrot, das ökologisches Backen mit gesamtgesellschaftlicher Verantwortung für nachhaltiges Handeln verbindet. Soziale Innovation findet gerade in den Bereichen der solidarischen Ökonomie, des Social Entrepreneurship oder der Collaborative Economy statt. Hier finden sich zahlreiche UnternehmerInnen, die nicht ausschließlich auf Wachstum und Rendite setzen, sondern auf ökologische und soziale Nachhaltigkeit – für die KundInnen, die MitarbeiterInnen des Betriebs, für die Umwelt und die Menschen, die in der Region leben.

Wir richten unsere Politik darauf aus, Kreativität und Innovation freizusetzen. Neben den klassischen Unternehmen und dem Staat als Rahmengesetzgeber in der Wirtschaftspolitik tritt eine immer aktiver werdende Zivilgesellschaft, die "Marktanteile" verschieben könnte. Dort, wo ökologischer und sozialer Wandel vorangetrieben wird, ist es Aufgabe grüner Wirtschaftspolitik, diesen Wandel zu unterstützen.

### **Pioniere finanziell fördern**

Bund, Länder und die EU bieten ein breites Angebot an Förderprogrammen. Aber nur ein geringer Teil geht an Pioniere des Wandels. Doch gerade sie sind auf öffentliche Finanzierung angewiesen, da ihnen eine klassische Kreditfinanzierung oftmals versperrt bleibt. Durch den Verzicht auf eine reine Profitmaximierung erscheinen sie Investoren weniger lukrativ.

Es ist zentral, von staatlicher Seite zu begreifen, dass diese Unternehmen ein Mehrfaches an Wert schaffen: Sie tragen dazu bei, eine soziale oder ökologische Herausforderung zu lösen, schaffen Arbeitsplätze und erbringen die Innovationen, die wir für die doppelte Entkopplung brauchen. Darum ist es aus öffentlicher Perspektive besonders sinnvoll, diese Initiativen finanziell zu unterstützen. Wir wollen einen Teil der Gründungsförderungen an Unternehmen und Gesellschaftsformen geben, die Renditeziele den sozialen oder ökologischen Zielen unterordnen – ohne dabei auf eine solide Unternehmensführung zu verzichten.

### **Geeignete Rechtsformen für die Pioniere des Wandels**

Mit der Genossenschaft, der gemeinnützigen GmbH, gemeinnützigen Vereinen und Stiftungen gibt es zwar Rechtsformen für nicht renditeorientierte Unternehmen, viele kämpfen jedoch mit bürokratischen Hürden und sehnen sich nach mehr Finanzierungs- und preiswerten Rechtsberatungsangeboten.

Wir fordern darum, dass die Bürokratie insbesondere für Genossenschaften abgebaut wird, indem mehr Geschäftsvorgänge elektronisch abgewickelt werden können. Zudem soll von staatlicher Seite für als gemeinnützig anerkannte Vereine und GmbHs Software zur Verfügung gestellt werden, die es ihnen erleichtert, die Buchhaltungsregeln des Finanzamts aber auch von europäischer Ebene bspw. dem ESF zu erfüllen.

### **Märkte innovationsfreundlich gestalten**

Der Aufbruch in eine grüne Wirtschaft verdient nicht nur Förderung – die Marktentwicklung muss auch durch richtige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen begleitet werden. Politik kann Nachhaltigkeits-Standards sichern, den neue Produkte setzen. Oftmals sind es gerade junge Initiativen und Ideen, die sozialen und ökologischen Fortschritt bringen, dann aber in einem Wettbewerb um den billigsten Preis aus dem Markt gedrängt werden. Am Ende bleiben dann auch die sozialen und ökologischen Standards auf der Strecke.

Im Falle von Car-Sharing oder Couchsurfing gibt es zum Beispiel Tendenzen, dass solche kreativen Ideen in rein profitmaximierende Mietplattformen überführt werden. Das Teilen, das zu Beginn im Vordergrund stand und positive ökologische und soziale Effekte hervorbringen kann, kommt dann unter die Räder.

Ein Positivbeispiel, wo dieses Szenario verhindert werden konnte: Die Idee der Biolebensmittel wurde in kleinen Betrieben, in der Nische kultiviert. Mittlerweile setzt sich diese Idee in der Breite durch. Auch große Lebensmittelkonzerne setzen auf Bio, allerdings mit dem Interesse ein neues Marktsegment möglichst umfassend zu besetzen. Dies ist legitim, solange es klare, staatlich gesetzte Kriterien dafür gibt. Hierfür wurde das Biosiegel entwickelt, das zwar nicht perfekt ist, aber einen gesetzlichen Rahmen vorgibt und Kontrollen sowie Sanktionsmöglichkeiten vorschreibt, um die eigentliche Idee zu schützen.

Oftmals ist es der Kampf um den billigsten Preis, der zunehmend den Wettbewerb so umformt, dass die dahinterliegenden Fortschritte wieder zunichte gemacht werden. Hier braucht es wie im oben beschriebenen Positivbeispiel der Lebensmittelbranche Instrumente, die soziale und ökologische Standards im Wettbewerb aufrechterhalten.

### **Strategie für solidarische Wirtschaft auf Bundesebene**

Um der solidarischen Ökonomie, den sozialen Innovationen, der collaborative economy etc. gleichwertige Rahmen- und Förderungsbedingungen zu bieten, wie der herkömmlichen Privatwirtschaft, braucht es eine koordinierte Strategie.

Die Umsetzung der Strategie "Solidarische Wirtschaft" soll einem/r der Staatssekretär\*innen übertragen werden. Inspirationen dazu finden wir bei unserem Nachbarn Frankreich, wo es eine Staatssekretärin für Handel, Handwerk und soziale und solidarische Wirtschaft gibt, oder Brasilien, das schon seit über 10 Jahren ein Staatssekretär für solidarische Wirtschaft kennt. Die/Der Staatssekretär\*in soll in dieser Funktion zudem dem Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung angehören.

## **3. WIRTSCHAFT GRÜN AUSRICHTEN: EINEN WIRKSAMEN ORDNUNGSRAHMEN SETZEN.**

Wichtig für grünes Wirtschaften ist ein öko-sozialer marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen, damit wirtschaftliches Handeln Mensch und Umwelt dient und VerbraucherInnen schützt. Diesen Rahmen wollen wir anpassen.

### **Preise, die die ökologische Wahrheit widerspiegeln. Standards, die Mensch und Umwelt schützen.**

Die zentrale Größe Marktwirtschaft zu steuern, ist der Preis. Nach ihm richten sich Kauf- und Investitionsentscheidungen. In einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft sollten sich die Umweltkosten im Preis abbilden. Das ist heute leider nicht der Fall. Umweltschäden werden oft nicht mit eingepreist und werden nachher von der Allgemeinheit getragen und beseitigt. Darum wollen wir solche negativen "externen Effekte" in die Preise integrieren. Politik kann das tun, zum Beispiel über ein Instrument wie den Emissionshandel für Industrieabgase. Wir wollen darum den europäischen Emissionshandel reformieren, die Menge der ausgegebenen Emissionsrechte verringern und das europäische Klimaziel erhöhen. Zweitens sollen in Deutschland rund 52 Mrd. Euro umweltschädliche Subventionen im Energie-, Verkehr-, Bau-/Wohnungswesen und der Landwirtschaft schnellstmöglich abgebaut werden. Drittens fordern wir ein Wertstoffgesetz, das Hersteller zum Ressourcenschutz und zur Kreislaufwirtschaft verpflichtet, Rücknahme einfordert und das Recycling weiter verbessert. Wenn Preise die soziale und ökologische Wahrheit sagen, haben wirtschaftliche Akteure einen direkten Anreiz, Umweltschäden vermeiden zu wollen.

Doch manchmal sind andere Instrumente effektiver. In der Landwirtschaft braucht es Standards, um den Stickstoffüberschuss zu begrenzen, damit Wasser und Böden nicht weiter geschädigt werden. Auch bei CO2 Grenzwerten für Automobile brauchen wir strikte und sinkende Grenzwerte. Bei Elektrogeräten fordern wir dynamische Standards nach dem Top-Runner-Ansatz. Staubsauger, Kaffeemaschinen und andere Produkte mit dem geringsten Energieverbrauch sollen jeweils den Standard für alle anderen Produkte im Segment vorgeben. So entsteht ein Wettbewerb um die effizientesten Produkte.

Mindeststandards sollen über die Landesgrenzen hinweg ihre Wirkung entfalten und die Preise auch am Ende einer internationalen Lieferkette die Wahrheit sagen. Deshalb wollen wir den Umgang mit Rohstoffen von der Mine bis zum Endverbraucher besser kontrollieren. Dazu müssen Arbeits-, Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards in Investitionsschutzabkommen, Handelsverträgen und Rohstoffpartnerschaften verankert und Lieferketten offengelegt werden. Gleichzeitig ist es zentral, die so genannte "Due Diligence", die Sorgfaltspflicht deutscher Unternehmen für ihre globalen Lieferketten, weiter auszubauen.

### **Neue Bilanzierungssysteme, die Aktiengesellschaften im Kern verändern**

Wir wollen auch große Unternehmen verpflichten, Verantwortung zu übernehmen. Um die Anreize zu verstärken, könnte es verpflichtend werden, dass die EigentümerInnen über eine Nachhaltigkeitsstrategie ihres Unternehmens abstimmen. Dazu könnte das Gesetz Mindestanforderungen stellen. Somit würde transparent, was das Unternehmen wirklich umsetzen möchte und inwiefern es bereit ist, zu Lasten kurzfristiger Gewinnerwartungen in Nachhaltigkeit zu investieren. Daneben könnten die Vergütungen des Managements mit dem Erreichen von Nachhaltigkeitszielen verknüpft werden. Es könnte bspw. von einer Pflichtverletzung des Vorstandes abgesehen werden, wenn eine Entscheidung dazu dient, dass das Unternehmen soziale und ökologische Standards einhält, zu denen sich Deutschland völkerrechtlich verpflichtet hat. Zudem könnten haftungsrechtliche Prüfpflichten in Bezug auf langfristige Unternehmensrisiken eingeführt werden. Die Berichterstattung über nichtfinanzielle Nachhaltigkeitsindikatoren, wie sie die CSR-Richtlinie (2014/95/EU) für große Unternehmen von öffentlichem Interesse festlegt, sollte auf alle mittelgroße Unternehmen ausgeweitet werden, unabhängig von ihrer Rechtsform oder Börsennotierung. Die nichtfinanziellen Indikatoren sollten wie die finanziellen extern überprüft und testiert werden.

### **Der Staat als Vorreiter für grünes Wirtschaften**

Der Staat muss bei der doppelten Entkopplung eine Vorreiterrolle einnehmen. Den Spielraum dazu sehen wir insbesondere bei der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung, die mit einem ganzheitlichen Konzept angegangen werden sollte. Das heißt, dass neben Preis und Qualität des Produktes auch seine sozialen und ökologischen Kosten und sein gesellschaftlicher Mehrwert berücksichtigt würden. Zudem muss der Staat die ökologische Modernisierung der staatlichen Gebäude und der Infrastruktur konsequent und rasch vorantreiben. Schließlich hält die öffentliche Hand weiterhin Anleihen, die Landesbanken und die Sozialversicherungen investieren. Auch diese Investitionen wollen wir dazu nutzen, grünes Wirtschaften voranzutreiben. Geldanlagen von öffentlichen Institutionen sollen Nachhaltigkeitskriterien entsprechen. Geld aus fossilen Energieträgern wollen wir abziehen: Divestment Now!

## **4. NACHHALTIGE LEBENSSTILE ERMÖGLICHEN.**

Viele Menschen wollen nachhaltig leben. Doch eingefahrene Strukturen machen es ihnen schwer. Im Sondervotum von Grünen und SPD zum Abschlussbericht der Enquetekommission heißt es: "Lebensstile und Konsumverhalten werden nicht nur durch eigene Präferenzen und soziale Strukturen geprägt, sondern auch durch staatliche Rahmenbedingungen und das Produktangebot. Vor allem im Bereich



Ernährung, Mobilität und Wohnen sind durch den Staat geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen: Es müssen Hindernisse abgebaut und falsche Anreize beseitigt werden, um nachhaltigeres Verhalten zu ermöglichen."

Aktuell leiden viele Menschen an den Folgen von ungesundem Essen in den Supermärkten und zu Hause werden Berge von Essen in den Abfall geschmissen. Kinder und SchülerInnen erleben oft schon in jungen Jahren Stress. Öffentliche Parks sind überlaufen, weil zu viele Flächen für Straßen und Parkplätze zugebaut werden. Man spricht oft von der "gehetzten Gesellschaft", als deren Teil sich immer mehr Menschen empfinden. Der Wunsch nach Entschleunigung ist spürbar. Zahlreiche Gegenbewegungen entstehen in unterschiedlichen Lebensbereichen: Die Slow-Food-Bewegung macht sich auf den Weg, Lebensmitteln wieder einen Wert zu geben. Schüler- und Elternbewegungen machen deutlich, dass sie den Stress für ihre Kinder ablehnen und lieber auf mehr Zeit und eine ganzheitliche Bildung setzen. Urban Gardening begrünt kleine Flächen, um Lebensmittel dort anzubauen, wo es möglich ist.

Wir Grüne möchten dem gesellschaftlichen Zwang zu "Immer Mehr und immer schneller" entgegenarbeiten. Wir wollen Freiräume schaffen für Zeit mit Familie und Freunden, für das Spiel, das Naturerleben, für die Kultur; kurz: für mehr Lebensqualität. Wir verstehen dies als Querschnittsaufgabe, die in allen Politikbereichen mitgedacht werden muss. Drei wichtige Beispiele sind folgende:

#### **Lebensqualität ins Zentrum der öffentlichen Debatte und Bildung stellen**

Dem wachstumsfixierten Jahreswirtschaftsbericht stellen wir unseren Jahreswohlstandsbericht gegenüber. Darin geht es u.a. um Bildung, Umweltqualität und Zufriedenheit. Lebensqualität ist das Ziel, nicht Wachstum um jeden Preis.

Damit unsere Kinder die Kindheit genießen können, sollen sie Lebensqualität in Kita und Schule erleben. Dazu gehört, dass Kinder sich als kompetent erfahren und ihre Neugierde gestärkt wird, sie viel mehr individuell und im eigenen Tempo gefördert werden – mit Wertschätzung für ihre Leistung. Wir unterstützen daher die Bestrebungen für das längere gemeinsame Lernen, gegen das Sitzenbleiben und für mehr Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungstufen. So gibt es viel weniger Schulverweigerer und mehr junge Menschen, die die Lust am Lernen behalten. Lehrpläne müssen so ausgestaltet sein, dass SchülerInnen aktiv Glück und Zufriedenheit in ganz unterschiedlichen Variationen erleben – das kostet oft wenig und erhält Lern- und Lebensfreude.

#### **Freiräume schaffen und nachhaltig konsumieren**

Eine Gesellschaft braucht Zeiten, in denen das kommerzielle Leben so weit wie möglich herunterfährt. In denen Familien Zeit füreinander haben, in denen sich Freunde treffen und die Raum geben sich zivilgesellschaftlich zu engagieren. Zentral hierfür sind die Feiertage und Wochenenden. Darum setzen wir uns gegen den Trend ein, Ladenöffnungszeiten auch sonntags weiter auszudehnen und die Arbeitszeiten zu entgrenzen. Mit unserem Konzept der "flexiblen Vollzeit" wollen wir es arbeitenden Eltern ermöglichen, Familie und Beruf viel besser zu verbinden. Damit sollen die Menschen wieder Zeitsouveränität zurück erlangen.

Nachhaltigen Konsum wollen wir ermöglichen, indem wir Qualität stärken. Wir fordern dazu, dass bei Produkten künftig die Lebensdauer angegeben werden muss. Damit wollen wir den geplanten Verschleiß ("geplante Obsoleszenz") unterbinden, also die absichtlich verkürzte Lebensdauer von Produkten durch Hersteller. Gleichzeitig fordern wir, dass die Produkte reparabel sind und zwar nicht nur durch den Hersteller, sondern etwa auch durch kleine Fachbetriebe. Diese benötigen einen diskriminierungsfreien Zugang zu den Ersatzteilen. Nötig ist, das Gewährleistungsrecht anzupassen und die Frist zu verlängern, während der die Beweislast für einen Mangel nicht beim Verbraucher, sondern beim Verkäufer liegt.

## **Städte und Kommunen auf Lebensqualität ausrichten**

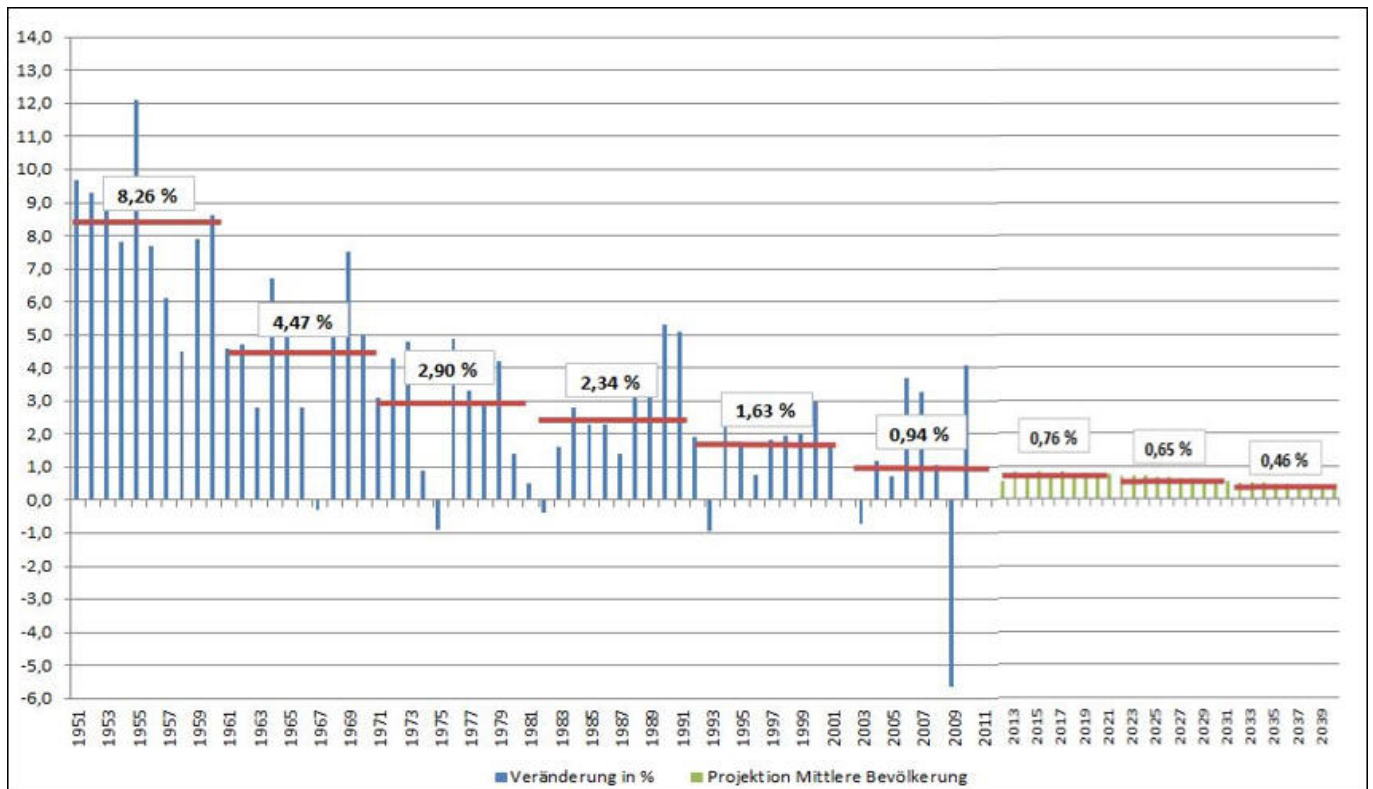
Wir wollen Wohnviertel, die für alle bezahlbar sind und kurze Wege zur Arbeit, Geschäften, Ärzten, zu grünen Freiräumen und Aktivitäten bieten. Dafür braucht es erheblich mehr Finanzierungsmittel des Bundes für soziale Wohnraumförderung im Jahr, und dauerhaft günstige Wohnungen mit einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit, gerade in Städten mit einem Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Die Städtebauförderung und das Planungsrecht sollten Strategien der lebenswerten urbanen Mischung stärken.

Wir Grüne haben die Vision einer Stadt für die Menschen. Räume, die bislang für Autos reserviert sind sollen für Fußgänger und FahrradfahrerInnen freigegeben werden. Wir brauchen lebenswerte öffentliche Räume, ausgebauten Fahrradstraßen-Netze und einen ÖPNV, der so attraktiv ist, dass Menschen ihn gerne benutzen. Wir wollen nachhaltige Mobilität durch ein gutes Angebot intelligenter vernetzter Verkehrssysteme ermöglichen.

## **5. WACHSTUMSZWÄNGE ABBAUEN**

Als der Club of Rome 1972 seinen Bericht zu den "Grenzen des Wachstums" veröffentlichte, richteten die Autoren ihr Augenmerk auf die Verknappung von Rohstoffen und die sich daraus ergebenden Grenzen für wirtschaftliches Wachstum. Bei der Berücksichtigung der Reichweiten bestimmter Rohstoffvorkommen haben sie aber den technologischen Erfindergeist unterschätzt, der die Menschheit immer weiter und tiefer in den Umweltraum vordringen lässt. Ein Automatismus zu sich verknappenden Ressourcen und steigenden Rohstoffpreisen hat die Menschen bisher nicht davon abgehalten, die ressourcenverschlingende Wirtschaftsweise grundsätzlich weiterzuführen. Wir erleben heute aber, dass sich in den Industrieländern die Wachstumsraten trotzdem verringern. Lag das durchschnittliche Wachstum in Deutschland in den 1950er Jahren noch bei gut acht Prozent, so sank es über die Jahrzehnte zunehmend. In den 60er Jahren auf knapp fünf und in den 70er Jahren auf knapp drei Prozent. Im Jahrzehnt nach 2000 hatten wir nur noch knapp ein Prozent Wachstum im Durchschnitt. Schreibt man diese Entwicklung fort, werden es in den 2020er Jahren nur noch gut 0,5 Prozent und in den 2030er Jahren weniger als 0,5 Prozent sein.

## WACHSTUMSRATEN BIP 1951-2040



Quelle: Statistisches Bundesamt 2014, grünes Gutachten

### Gründe für die sinkenden Wachstumsraten

Ganz unabhängig von der ökologischen Problematik scheint sich die Wachstumsdynamik also in hoch entwickelten Volkswirtschaften tendenziell abzuschwächen. Woran liegt das?

Demographie: Während die Bevölkerung in Deutschland bis Mitte der 1970er zunahm – nochmals kurz um 1990 – so zählt Deutschland so viele EinwohnerInnen wie Mitte der 1990er. Damit fehlt ein entscheidender Wachstumsfaktor. Ob Einwanderung diese Entwicklung aufhält, ist noch nicht abschätzbar.

Abnehmende Grenzproduktivität: Arbeitskräfte und Kapital haben eine abnehmende Grenzproduktivität. Das heißt, dass eine Einheit Kapital weniger Wachstum erzeugt, wenn schon viel Kapital vorhanden ist. Dieser Zusammenhang kann zwar durch Bildung und Innovationen gelockert werden, die Gesamttendenz aber bleibt.

Absolutes statt relatives Wachstum: 1000 zusätzliche Autos machten 1970 mehr BIP-Wachstum aus als 2015. Denn heute produzieren wir Millionen Autos mehr. Weil wir Wachstum also in Prozent des BIP messen, fällt bei steigender Wirtschaftsleistung ein absolutes Wachstum der gleichen Höhe in Prozent immer niedriger aus. Wenn die Wirtschaft insgesamt 200 Milliarden erwirtschaftet und dabei um 20 Milliarden wächst, ist dies ein Wachstum von zehn Prozent. Wenn die Wirtschaft 2000 Milliarden groß ist und ebenfalls um 20 Milliarden wächst, ist dies ein Wachstum von einem Prozent.

Gesamtwirtschaftlich Verantwortung zu übernehmen, heißt also, unsere Wirtschaft, den Staat und die Sozialsysteme auf eine Zukunft mit niedrigen Wachstumsraten einzustellen.

## **Eine erfolgreiche doppelte Entkopplung macht hohe Wachstumsraten unwahrscheinlicher**

Wir wollen den Ressourcenverbrauch vom Wachstum abkoppeln und Lebensqualität vom Wachstumszwang. Daraus resultiert eine Zielgröße, nämlich den Zuwachs von Lebensqualität vom Ressourcenverbrauch abzukoppeln. Es ist also durchaus möglich, dass auch eine nachhaltige Wirtschaft numerisch (also im Gesamtwert der produzierten Güter und Dienstleistungen) weiter wächst. Wenn aber auf gewohnte blinde Wachstumsimpulse (Abwrackprämien, Strohfeuer-Konjunkturprogramme ohne Öko-Ausrichtung) verzichtet wird, so wird es wahrscheinlicher, dass der Trend abnehmender Wachstumsraten sich fortsetzt.

Ein Niedrigwachstumsszenario ist zwar nicht sicher, aber aus vielen Gründen sehr wahrscheinlich. Und weil wir dem Vorsorgeprinzip verpflichtet sind, nämlich einzugreifen bevor Mensch und Umwelt Schaden nehmen, sollten wir uns darauf vorbereiten. Die Frage ist also, wie wir Staat und Sozialsysteme so ausgestalten, dass sie auch in einem Niedrigwachstumsumfeld ihre Funktion erfüllen können und sich somit frei machen, vom Zwang wachsen zu müssen.

## **Wachstumszwang abbauen durch gerechtere Verteilung.**

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben wir uns daran gewöhnt, Verteilungsfragen durch Wachstum oder höhere private und staatliche Verschuldung zu lösen. Wenn die Wachstumsraten nun niedriger ausfallen, wird dies schwieriger. Damit rücken Verteilungsfragen noch stärker in den Blick als bislang. Im Sondervotum von Grünen und SPD zum Abschlussbericht der Enquete-Kommission heißt es: "Ein Ende der sozialen Spaltung der Gesellschaft ist nur mit politischen Maßnahmen erreichbar – und damit primäre Gestaltungsaufgabe von Politik. Die Opposition fordert deshalb eine gerechtere Verteilungs- und Steuerpolitik." Unsere Gesellschaft verteilt Werte in zwei Schritten: Über die Regelung der Markteinkommen und über Steuern und Sozialsysteme.

Das Markteinkommen gerechter verteilen: Eine gleichmäßigere Verteilung des Markteinkommens kann in erster Linie mit arbeitsrechtlichen Vorgaben, der Sozialpartnerschaft und einer ausgeglichenen Verteilung der unterschiedlichen Kapitalformen erreicht werden. Wir fordern faire Mindestlöhne, eine Stärkung des Tarifsystems und Maßnahmen gegen immer mehr prekäre Arbeit. Wir wollen eine effektivere Wettbewerbspolitik, um bestehende Marktkonzentrationen zu verringern und neue zu verhindern. Und wir wollen der zunehmenden Kapitalkonzentration entgegenwirken.

Seit 2005, seit also die Arbeitslosigkeit in Deutschland abnimmt, wurde nicht nur mehr Arbeit geschaffen, Arbeit wurde auch gleichmäßiger verteilt. Allerdings für viele zu miserablen Bedingungen. Grüne Politik zielt darauf, auch weiterhin Arbeit gleichmäßiger zu verteilen, aber zu fairen Bedingungen für die Menschen. Wir brauchen neben dem Recht auf Teilzeit immer auch ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit, um die Hürden für Teilzeit zu mindern. Wir wollen deshalb ein neues Leitbild – "flexible Vollzeit" – etablieren, das einen flexiblen Korridor von etwa 30 bis 40 Wochenstunden umfasst. Damit leisten wir einen Beitrag, um Erwerbsarbeit fairer zu verteilen.

Ein faires Steuersystem gegen die Spaltung in Arm und Reich: Rund 60 Prozent der staatlichen Einnahmen kommen heute aus Sozialversicherungsbeiträgen, Einkommenssteuern und der Umsatzsteuer. Stattdessen sollten wir stärker große Vermögen und Kapitaleinkünfte besteuern. Denn sie stellen keine produktive Leistung dar und sie verstärken die Ungleichheit dramatisch. Kleine und mittlere Einkommen sollten wir dagegen entlasten. Das ist ökonomisch sinnvoll, gerecht und es stoppt den Trend zu immer größerer Ungleichheit. Gegen den anhaltenden Sockel der Armut wollen wir in Bildung investieren, in Wohnungsbau und in eine Mindestsicherung, die auch bei geringem Wachstum stabil ist, und verdeckte Armut verhindert. Sie muss das Existenzminimum verlässlich sichern.

### **Wachstumszwang durch Stagnationsangst: Abbauen durch kluge / grüne öffentliche Investitionen**

Bisher gilt: Wenn die Wirtschaft nicht wächst, wird weniger investiert. Doch das muss und darf nicht so sein. Auch ökologisch wäre wenig gewonnen, wenn wir stagnieren, und die auch ökologisch nötigen Investitionen und Innovationen ausbleiben. Wir müssen also sicher stellen, dass auch in Phasen niedrigen Wachstums Innovationsdynamik hoch bleibt, damit veraltete Technologien, Marktprozesse und Wertschöpfungsketten sich neu konfigurieren, auslaufen und sich neu etablieren. Staatliche und staatlich geförderte Investitionen sollen den Umbau beschleunigen und ausrichten. Sie müssen sich an der Grundidee der doppelten Entkopplung ausrichten.

### **Wachstumsdruck durch soziale Sicherungssysteme: Abbauen durch Elemente der Bürgerversicherung**

Niedrigere Wachstumsraten machen die öffentlichen Haushalte, die sozialen Sicherungssysteme und auch die private Vorsorge anfälliger für Krisen. Die sozialen Sicherungssysteme sind bei höherem Wachstum und damit verbundenen höheren Einnahmen bisher stabiler. Diese Systeme müssen auch bei niedrigeren Wachstumsraten wirksam und stabil arbeiten. Die Rentenversicherung ist besonders stark vom Zusammenspiel zwischen Demographie, Produktivität, Wachstum und der Struktur des Arbeitsmarktes abhängig. Darum denken wir über den Ansatz nach, die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung auf eine möglichst breite Basis zu stellen. Wir Grüne diskutieren aktuell die konkrete Ausgestaltung von Bürgerversicherungen. Das bedeutet, möglichst alle Einkommen in die Versicherung aller Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Dadurch wird die Finanzierung nachhaltiger und widerstandsfähiger auch in Phasen ohne oder mit geringem Wachstum. Wir wollen diese Ansätze weiterentwickeln.

### **Wachstumszwang durch Verschuldung: Abbauen durch Schuldentilgungsfonds und nachhaltige Finanzen.**

Bisher haben die westlichen Gesellschaften auf die geringeren Wachstumsraten mit einer Ausweitung der öffentlichen und privaten Verschuldung reagiert. Die europäischen Verschuldungsregelungen etwa gehen davon aus, dass die Volkswirtschaften im Schnitt real 3 Prozent wachsen bei einer Inflation von 2 Prozent. Unter den heutigen Bedingungen lassen sich die Schulden einiger Staaten und Kommunen nur schwer abbauen. Wir Grünen fordern schon länger, dass auf europäischer Ebene ein Schuldentilgungsfonds für Altschulden eingerichtet wird. Gleichzeitig sollen in Deutschland Schuldentilgungsfonds für Kommunen aufgelegt werden.

Auch wir Grüne haben im Umgang mit Niedrigwachstum noch Arbeit vor uns. Wir möchten noch besser verstehen, wie sich die Kombination von niedrigem Wachstum und niedrigen Zinsen auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Schulden auswirkt und wie groß die Risiken mit Blick auf die Zinsen sind. Wenn wir mit dauerhaft niedrigen Wachstumsraten rechnen müssen, dann geht das Kalkül privater und öffentlicher Verschuldung langfristig nicht mehr auf. Die Aussicht auf künftig gute Rückzahlungsbedingungen entfele. Darauf müssen sich staatliche und private Akteure einrichten.

## **FAZIT**

Wenn wir die Politik neu orientieren auf mehr Lebensqualität als Ziel, wenn wir die Wirtschaft grün ausrichten durch gute Rahmenbedingungen und die Unterstützung der Pioniere des Wandels und wenn wir konsequent nachhaltige Lebensstile ermöglichen, dann können wir den Ressourcenverbrauch dieser Gesellschaft entscheidend verringern und unsere Lebensqualität vom Wachstum des BIP unabhängig machen. Viele kleine konkrete Schritte können hier sehr viel erreichen. Staat und Gesellschaft vom jahrzehntelang eingefahrenen Zwang zu immer mehr Wachstum zu lösen, das ist eine historische Mammutaufgabe. Wir haben versucht, zu skizzieren, was dafür notwendig ist. Jedoch bleiben noch viele Fragen offen. Diese Fragen werden wir in den verschiedenen Politikbereichen in unserer Fraktionsarbeit mitdenken und in die Programmarbeit hineinragen.